

# SIPRI YEARBOOK 2019

Armaments,  
Disarmament and  
International  
Security

**Kurzfassung auf Deutsch**

## **STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE**

SIPRI ist eine unabhängige internationale Einrichtung zur Erforschung von Konflikten, Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Das 1966 gegründete Institut liefert Daten, Analysen und Empfehlungen auf Grundlage öffentlich zugänglicher Quellen an Politik, Forschung, Medien und die interessierte Öffentlichkeit.

### **SIPRI YEARBOOK**

Das *SIPRI Yearbook 2019* verbindet Originaldaten aus Bereichen wie weltweiten Militärausgaben, internationalen Waffentransfers, Rüstungsproduktion, Nuklearstreitkräften, bewaffneten Konflikten und multilateralen Friedenseinsätzen mit aktuellen Analysen wichtiger Aspekte der Rüstungskontrolle, des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Diese Broschüre fasst den Inhalt des *SIPRI Yearbook 2019* zusammen und bietet eine Auswahl der darin enthaltenen Daten und Analysen.

### **INHALT**

1. Einführung: Internationale Stabilität und menschliche Sicherheit im Jahr 2018	1
<b>Teil I. Bewaffnete Konflikte und Konfliktbearbeitung, 2018</b>	
2. Bewaffnete Konflikte und Friedensprozesse	2
3. Friedensoperationen und Konfliktbearbeitung	4
<b>Teil II. Militärausgaben und Rüstung, 2018</b>	
4. Militärausgaben	6
5. Internationaler Waffenhandel und Entwicklungen in der Rüstungsproduktion	8
6. Weltweite Atomstreitkräfte	10
<b>Teil III. Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, 2018</b>	
7. Nukleare Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung	12
8. Chemische und biologische Sicherheitsrisiken	14
9. Globale Instrumente für die konventionelle Rüstungskontrolle	15
10. Dual Use- und Waffenhandelskontrollen	16
Anhänge	18



# 1. EINFÜHRUNG. INTERNATIONALE STABILITÄT UND MENSCHLICHE SICHERHEIT IM JAHR 2018

DAN SMITH

Dies ist die 50. Ausgabe des SIPRI-Jahrbuchs, das weltpolitische und militär-technologische Änderungen aufzeigt und wichtige Daten über Rüstung, Abrüstung und internationale Sicherheit bereitstellt.

In den letzten Jahrbüchern zeichneten sich überwiegend negative Trends ab. Trotz einiger positiver Anzeichen – Entspannung auf der koreanischen Halbinsel, US-amerikanische Diplomatie gegenüber Nordkorea (und eines vagen Fahrplans zur weiteren nuklearen Abrüstung), gemeinsame Anstrengungen hinsichtlich der Gewalt im Jemen, das Friedensabkommen zwischen Eritrea und Äthiopien und Indizien dafür, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sich mit den sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels zu befassen beginnt – überwogen 2018 die negativen Entwicklungen. Dazu gehörten der Rückzug der USA aus dem iranischen Atomabkommen und dem Vertrag über landgestützte Kernwaffen mittlerer Reichweite (INF-Vertrag) und anhaltende geopolitische Spannungen in verschiedenen Regionen. Allgemein blieben die Militärausgaben, Waffentransfers und die Häufigkeit bewaffneter Konflikte weltweit hoch.

Sowohl die USA als auch Russland planen eine Erneuerung ihrer strategischen Atomstreitkräfte. In den USA sollen neben verbesserten und moderneren Kernwaffen dazu auch eine neue Weltraumtruppe sowie ein erweitertes Programm zur ballistischen Raketenabwehr gehören; Russlands strategische Pläne sind kaum weniger expansiv. Gleichzeitig stellt sich, angesichts des Ein-

satzes chemischer Waffen in Syrien 2018 und eines Mordversuchs mit Nervengift in Großbritannien, die Frage, inwieweit Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime im derzeitigen internationalen politischen Klima überhaupt wirksam bzw. tragfähig sein können.

Ohne einen starken Garanten des Status quo entsteht Ungewissheit darüber, ob die kodifizierten Gesetze und Regeln des internationalen Systems auch in Zukunft befolgt werden – geschweige denn dessen ungeschriebene Normen und Annahmen. China, Russland und die USA fordern die globale Ordnung – von der politischen Geographie wichtiger Regionen bis hin zum Machtgleichgewicht im internationalen Finanzbereich – aktiv heraus. Dies zeigte sich 2018 in anhaltenden Spannungen zwischen dem Westen und Russland, einem amerikanisch-chinesischen Handelskrieg und dem Machtkampf zwischen Iran und Saudi-Arabien, die auf entgegengesetzten Seiten der bewaffneten Konflikte in Irak, Syrien und Jemen stehen.

Die sich überschneidenden Herausforderungen von Klimawandel und Instabilität haben möglicherweise schwerwiegende, unvermeidliche Folgen für die menschliche Sicherheit, die nationale Sicherheit vieler Staaten und die internationale Stabilität. Tagesordnungen und Institutionen tragen zunehmend dem Umstand Rechnung, dass ohne Maßnahmen zur Minderung der Kohlenstoffemissionen und weiterer Anpassungen an die Folgen des Klimawandels spätestens Mitte des Jahrhunderts mit ernsthaften Schwierigkeiten zu rechnen ist. Aber wie bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung sind auch hier Zusammenarbeit und multilaterale Ansätze essentiell. Dazu ist es dringend notwendig, einen Ausweg aus den zahlreichen Machtkämpfen zu finden, die die Weltpolitik prägen. ●



## 2. BEWAFFNETE KONFLIKTE UND FRIEDENSPROZESSE

An den meisten aktuell bewaffneten Konflikten sind neben regulären Armeen auch Milizen und bewaffnete Zivilisten beteiligt. Kämpfe finden selten auf vorgegebenen Schlachtfeldern statt, variieren ständig in ihrer Intensität, unterbrochen von kurzen Waffenstillständen. Die Zahl der gewaltsam vertriebenen Menschen weltweit lag Anfang 2018 bei 68,5 Millionen, darunter mehr als 25 Millionen Flüchtlinge. In Afghanistan, der Zentralafrikanischen Republik (ZAR), der Demokratischen Republik Kongo (DRK), Myanmar, Somalia, Südsudan, Syrien und Jemen hielten die flucht- und vertreibungsbedingten Krisen an.

### Amerika

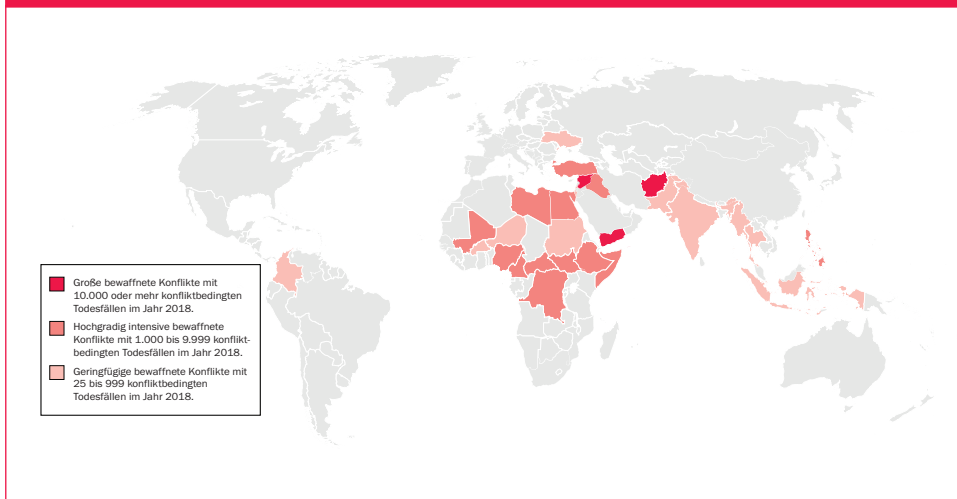
2018 stieß die Umsetzung des Friedensprozesses in Kolumbien, dem einzigen Land mit einem aktiven bewaffneten Konflikt in der Region, auf eine Reihe von Problemen. Die allgegenwärtige Präsenz von organisierten kriminellen Banden und nichtstaat-

lichen bewaffneten Gruppen führte in vielen Ländern Mittel- und Südamerikas zu Unsicherheit und Destabilisierung. Angesichts der politischen Unruhen und Gewalt in Nicaragua und der wachsenden humanitären Krise und massiven Fluchtbewegungen in Venezuela, wuchs die Sorge um die regionale Stabilität. Wirtschaftliche Probleme sowie endemische Kriminalität und Korruption trugen dazu bei, dass sich das Vertrauen in die Demokratie verschlechterte.

### Asien und Ozeanien

Im Jahr 2018 gab es sieben Länder mit aktiven bewaffneten Konflikten in Asien und Ozeanien: Afghanistan, Indien, Indonesien, Myanmar, Pakistan, die Philippinen und Thailand. Der Krieg in Afghanistan war 2018 mit mehr als 43 000 getöteten Kämpfern und Zivilisten der tödlichste bewaffnete Konflikt der Welt. Regional waren zwei Trends zunehmend zu beobachten: wachsende Gewalt in Zusammenhang mit Identitätspolitik, die auf ethnischer und/oder religiöser Polarisierung basiert; und verstärkte

## BEWAFFNETE KONFLIKTE IM JAHR 2018



Aktivitäten transnationaler gewalttätiger Dschihadistengruppen, darunter die Präsenz des sogenannten Islamischen Staates (IS) in Afghanistan, China, Indien, Indonesien, Malaysia, Pakistan und den Philippinen. Zwei wichtige positive Entwicklungen waren der Friedensprozess auf der koreanischen Halbinsel und ein erneuter Waffenstillstand zwischen Indien und Pakistan über Kaschmir.

## Europa

Der Konflikt in der Ukraine war 2018 der einzige aktiv bewaffnete Konflikt in Europa. Abgesehen von einer Reihe von vorübergehenden Waffenstillständen wurden im Friedensprozess nur geringe Fortschritte erzielt. Im übrigen Europa blieben Spannungen ungelöster Konflikte, insbesondere im postsowjetischen Raum und in stark militarisierten und umkämpften Sicherheitskontexten wie der Schwarzmeerregion. Dagegen stand der Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland bis Ende des Jahres kurz vor der Lösung und die baskische Separatistengruppe *Euskadi Ta Askatasuna* (ETA, Baskische Heimat und Freiheit) wurde 2018 offiziell aufgelöst.

## Der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika

2018 gab es in sieben Ländern der Region aktive bewaffnete Konflikte: in Ägypten, Irak, Israel, Libyen, Syrien, Türkei und Jemen. Drei Querschnittsthemen prägten auch hier die Sicherheitsdilemmata: (a) regionale zwischenstaatliche Rivalitäten mit einem sich wandelnden Netzwerk externer Allianzen und Interessen; (b) anhaltende Bedrohungen durch gewalttätige dschihadistische Gruppen; sowie (c) Wasserknappheit und die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels.

In Gaza erreichten der anhaltende bewaffnete Konflikt und zivile Unruhen zwischen Israel und der Hamas und anderen palästinensischen Organisationen den Höchststand seit 2014. Die Konsolidierung der territorialen Kontrolle durch die syrische Regierung und der Beinahe-Niederlage des sog. Islamischen Staates führten 2018 zu einer deutlichen Deeskalation, auch wenn der syrische Bürgerkrieg einer der verheerendsten Konflikte der Welt bleibt. Im Jemen verschlechterten sich die humanitären Bedingungen während des Stellungskriegs um die Hafenstadt Hodeida. Das Stockholmer Abkommen zwischen Houthis und jemenitischer Regierung zum Jahresende gab dagegen Anlass zu Optimismus, auch wenn noch erhebliche Unterschiede zu überbrücken sind.

## Subsahara-Afrika

In elf Ländern südlich der Sahara gab es 2018 aktive bewaffnete Konflikte: Burkina Faso, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Mali, Niger, Nigeria, Somalia, Südsudan und Sudan. In Folge transnationaler Aktivitäten gewalttätiger islamistischer Gruppen, anderer bewaffneter Gruppen und krimineller Netzwerke überschneiden sich viele dieser Konflikte, insbesondere im Tschadseebecken und in der Sahelzone. Dazu kommen extreme Armut, schlechte Regierungsführung, wirtschaftliche Fragilität und geringe Resilienz. Drei Querschnittsthemen prägten dabei die Region: (a) die anhaltende Internationalisierung der Aktivitäten zur Terrorismusbekämpfung in Afrika; (b) Veränderungen wahlbezogener Gewalt; und (c) Wasserknappheit und die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels. Ein Friedensabkommen zwischen Äthiopien und Eritrea im Juli war ein möglicher Wendepunkt am Horn von Afrika. ●



### 3. FRIEDENSOPERATIONEN UND KONFLIKTBEARBEITUNG

Die Mission der NATO (*North Atlantic Treaty Organization*) im Irak (NMI) war die einzige multilaterale Friedensmission, die 2018 neu eingerichtet wurde; nur zwei, die UN-Mission in Liberia (UNMIL) und die Präventivmission der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) im Königreich Lesotho (SAPMIL), wurden beendet. 2018 waren 60 multilaterale Friedensoperationen aktiv, der geringste Stand seit 2013.

Die Personalstärke multilateraler Friedenseinsätze ging bis Ende 2018, zum dritten Mal in Folge, auf 144.791 Personen zurück. Davon waren 95.488 bei UN-Friedensmissionen (2,9 Prozent weniger als im Vorjahr) und 49.303 unter der Leitung regionaler Organisationen, Allianzen oder staatengeführter Ad-hoc-Koalitionen (3,7 Prozent mehr als im Jahr 2018). Letztgenannte Steigerung ist, durch Aufstockung der *Resolute Support Mission* (RSM) in Afghanistan, v.a. auf die NATO zurückzuführen. In Afrika ging die Personalstärke, mit 104.238 Personen insgesamt, im dritten Jahr in Folge auf den niedrigsten Stand seit fünf Jahren zurück.

#### Trends bei den Friedensoperationen der Vereinten Nationen

Auch wenn rund 66 Prozent des gesamten Personals in UN-Friedensmissionen im Einsatz sind und rund 72 Prozent in Afrika, scheint der Trend weg von der UNO und weg von Afrika zu gehen. Dies hängt v.a. mit Budgetsfragen und Todesfällen zusammen; gleichzeitig scheint die Lösung zunehmend in einer Militarisierung gesehen zu werden.

Das Budget der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung sank von 7,9 Mrd. US-

Dollar (2016-17) auf 6,7 Mrd. US-Dollar in den Jahren 2018-19. Dies ist hauptsächlich auf bereits geplante Schließungen zurückzuführen, nicht auf neue Ansätze oder Effizienzsteigerungen. Nach Abschluss der Hybridoperation der Afrikanischen Union/ UNO in Darfur (UNAMID) und der UN-Stabilisierungsmission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) sind weitere Reduzierungen zu erwarten und viele der von der derzeitigen US-Regierung anvisierten Kürzungen sind noch nicht erfolgt.

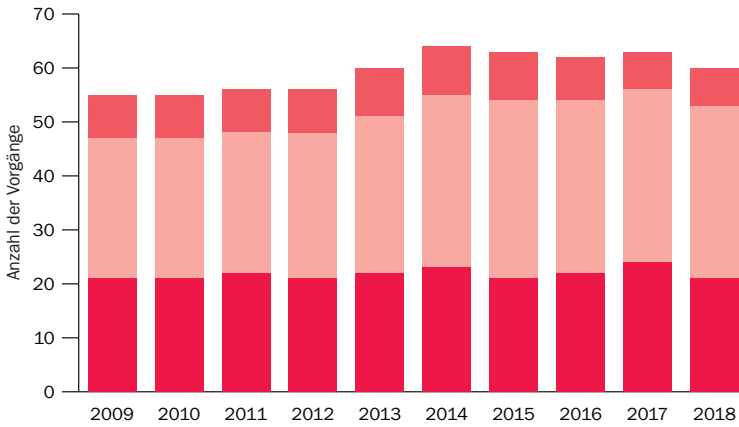
Mit 27 Todesfällen durch böswillige Handlungen bei UN-Friedenseinsätzen reduzierte sich die Zahl 2018 um über die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr. Nach dem Extremwert 2017 lag die Zahl der feindlichen Todesfälle pro 1000 eingesetzten uniformierten Mitarbeiter\*innen wieder auf dem Niveau von 2013-16. Während sich die Bedingungen bei der UN-Mission in Mali (MINUSMA) verbesserten, blieb die Zahl der Todesfälle bei den UN-Missionen in der Zentralafrikanischen Republik (MINUSCA) und der DR Kongo (MONUSCO) relativ hoch.

#### Militarisierte Lösungen

Die Trump-Administration ist nur teilweise für die zunehmende Betonung militärischer Lösungen verantwortlich. Dies wird auch durch frühere Ausbildungs- und Mentoring-Missionen der Europäischen Union und der NATO (z.B. das NMI und die RSM für lokale Streitkräfte) und regionale koalitionsbasierte multilaterale Nicht-Friedensoperationen (z.B. die Gemeinsame Truppe der Fünfer-Gruppe für den Sahel (JF G5S) und die Multinationale Gemeinsame Task Force (MNJTF) gegen Boko Haram) veranschaulicht. Trotz der offensichtlichen Herausforderungen, vor denen



## ANZAHL DER MULTILATERALEN FRIEDENSOPERATIONEN NACH ART DER DURCHFÜHRENDE ORGANISATION, 2009-18



Leitung: ■ Vereinte Nationen ■ Regionale Organisation oder Allianz ■ Ad-hoc-Koalition

UN-Missionen stehen, bleibt abzuwarten, ob die Alternative – nationale Streitkräfte auszubilden und multilaterale Operationen zur Bekämpfung von Aufständischen und „Terroristen“ einzurichten – produktiver sein wird: In der Sahelzone beispielsweise kam es zu einer weiteren Destabilisierung, JF G5S und MNJTF waren unvermindert Angriffen ausgesetzt und Regierungstruppen in schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt.

### Reformen der Friedenserhaltung der Vereinten Nationen

Das UN-Sekretariat arbeitet an der Umsetzung der Empfehlungen des Cruz-Berichts über die Verringerung feindlicher Todesfälle und hat mit der strategischen Überprüfung von präventiven und sonstigen Maßnahmen im Umgang mit sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch begonnen. Am 1. Januar 2019 erfolgte eine Reform der Friedens- und Sicherheitsarchitektur. Im Rahmen der Aktion des Generalsekretärs für den Frieden (A4P) einigten

sich die UN-Mitgliedstaaten und andere Partner und Interessengruppen 2018 auf eine „Erklärung der gemeinsamen Verpflichtungen“ zu Themen wie Zivilschutz, Sicherheit und Schutz sowie Leistung und Rechenschaftspflicht.

Während das UN-Sekretariat Reformen einführt, um die Relevanz von UN-Friedensmissionen zu erhalten, sind die Herausforderungen im Hinblick auf Ausbildungs- und Beratungsmissionen und andere multilaterale Einsätze weiterhin enorm. Es ist noch zu früh zu sagen, was aus den UN-Missionen wird und ob andere Einsätze noch relevanter werden. ●



## 4. MILITÄRAUSGABEN

Die weltweiten Militärausgaben werden für 2018 auf 1.822 Mrd. US-Dollar, also 2,1 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder 239 US-Dollar pro Person geschätzt. Die Gesamtausgaben stiegen im zweiten Jahr in Folge und lagen erstmals über 1,8 Billionen US-Dollar (2,6 Prozent höher als 2017 und 5,4 Prozent höher als 2009).

Der Anstieg der Gesamtausgaben 2018 wurde maßgeblich durch das Ausgabeverhalten in Amerika bzw. Asien und Ozeanien beeinflusst, insbesondere durch einen deutlichen Anstieg der Militärausgaben der USA und Chinas. In Europa stiegen die Ausgaben um 1,4 Prozent; so erhöhten in Westeuropa alle Länder bis auf drei ihre Ausgaben. In Afrika sanken die Militärausgaben um 8,4 Prozent. Zum vierten Mal in Folge kann SIPRI keine Schätzung der Gesamtausgaben im Nahen Osten vorlegen, wobei die Militärausgaben der 11 Länder des Nahen Ostens, für die Daten verfügbar sind, insgesamt um 1,9 Prozent sanken.

Die militärischen Lasten - die Militärausgaben als Anteil am BIP - sanken zwischen 2017 und 2018 in fast allen Regionen. Durch Bestrebungen von NATO-Mitgliedstaaten, bis 2024 das Richtwertniveau von 2,0 Prozent des BIP zu erreichen, bildet Europa hier eine Ausnahme. Im Durchschnitt hatten die Staaten Amerikas 2018 mit 1,4 Prozent des BIP die geringste militärische Belastung; diese steigt auf durchschnittlich 1,6 Prozent in Europa, 1,7 Prozent in Afrika sowie Asien und Ozeanien und 4,4 Prozent in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, für die Daten vorliegen.

Die USA, China, Saudi-Arabien, Indien und Frankreich tätigten 2018 zusammen 60 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Erstmals seit sieben Jahren erhöhten die

## WELTWEITE MILITÄRAUSGABEN, 2018

Region	Ausgaben (US\$ Mrd.)	Veränderung (%)
Afrika	(40,6)	-8,4
Nordafrika	(22,2)	-5,5
Subsahara-Afrika	18,4	-11
Amerika	735	4,4
Mittelamerika und Karibik	8,6	8,8
Nordamerika	670	4,4
Südamerika	55,6	3,1
Asien und Ozeanien	507	3,3
Zentral- und Südasien	85,9	4,2
Ostasien	350	4,1
Ozeanien	29,1	-2,9
Südostasien	41,9	-0,8
Europa	364	1,4
Zentraleuropa	28,3	12
Osteuropa	69,5	-1,7
Westeuropa	266	1,4
Mittlerer Osten	..	..
<b>Weltweite Gesamtzahl</b>	<b>1 822</b>	<b>2,6</b>

( ) = ungefähre Schätzung; ... = Daten nicht verfügbar.

Die Ausgabenangaben sind in aktuellen (2017) US-Dollar angegeben. Alle Änderungen werden real für den Zeitraum 2017-18 ausgewiesen.

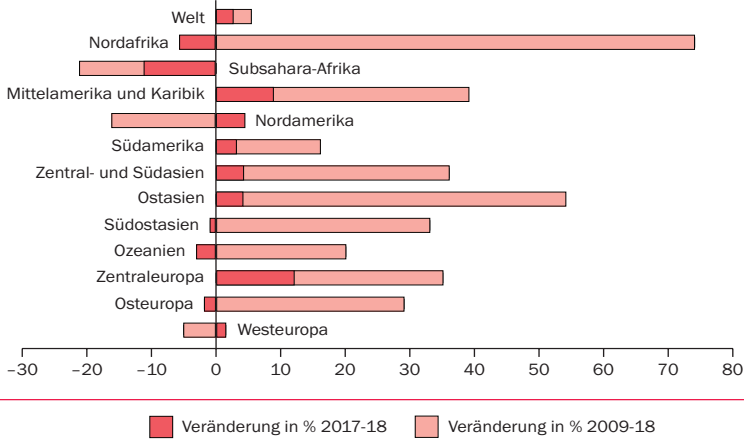
USA ihre Militärausgaben auf insgesamt 649 Mrd. US-Dollar, was 36 Prozent der weltweiten Militärausgaben entspricht. Diese waren 2,6-mal so hoch wie die des zweitgrößten Ausgabenträgers China. Der Anstieg der US-Militärausgaben ist auf eine Erhöhung der Gehälter des Militärpersonals um 2,4 Prozent und die Umsetzung großer und kostspieliger Programme zum Erwerb konventioneller und nuklearer Waffen zurückzuführen.

China hat 2018 schätzungsweise 250 Mrd. US-Dollar für sein Militär bereitgestellt. Dies entspricht einem Anstieg von 5,0 Prozent gegenüber 2017 und einem Anstieg von 83 Prozent gegenüber 2009. Die





## PROZENTUALE VERÄNDERUNG DER MILITÄRAUSGABEN NACH SUBREGIONEN



Militärausgaben Chinas sind lose an das Wirtschaftswachstum des Landes gekoppelt, so dass in den kommenden Jahren mit einem langsameren Anstieg der Militärausgaben zu rechnen ist.

Saudi-Arabien hatte 2018 mit 8,8 Prozent des BIP die höchste militärische Belastung der Welt. Die Militärausgaben sanken 2018 um 6,5 Prozent auf 67,6 Mrd. US-Dollar. Indien (66,5 Mrd. US-Dollar) und Frankreich (63,8 Mrd. US-Dollar) hatten 2018 die viert- und fünftgrößten diesbezüglichen Ausgaben weltweit.

Mit 61,4 Mrd. US-Dollar waren die russischen Militärausgaben 2018, gegenüber dem Höchststand seit Ende des Kalten Krieges 2016, um 22 Prozent gesunken, und Russland lag zum ersten Mal seit 2006 wieder unter den größten fünf Käufern von Rüstungsgütern.

Die drei größten relativen Erhöhungen der Militärausgaben zwischen 2017 und 2018 verzeichneten Burkina Faso (52 Prozent), Jamaika (40 Prozent) und Armenien (33 Prozent), die drei größten relativen Rückgänge Südsudan (50 Prozent), Sudan (49 Prozent) und Benin (28 Prozent).

### Transparenz bei Militärausgaben

Die Meldungen für den Bericht der Vereinten Nationen über Militärausgaben waren 2018 weiterhin rückläufig. Nach dem Spitzenwert von 81 Antworten 2002 haben 2018 nur 36 der 193 UN-Mitgliedstaaten einen entsprechenden Bericht über ihre Militärausgaben vorgelegt. Auf nationaler Ebene konnte SIPRI 2018 dagegen Daten für 155 der 168 Länder sammeln, bei 150 stammen die Daten aus offiziellen Regierungsdokumenten.

Transparenz erfordert nicht nur die öffentliche Verfügbarkeit von Daten, sondern auch deren Vollständigkeit, einen einfachen Zugang und Einzelheiten zu den verschiedenen Finanzierungsarten militärischer Aktivitäten. Die Aufteilung der Militärhaushalte in militärische und nicht-militärische Aktivitäten ist ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz bei Militärausgaben. So zeigt eine Fallstudie zu Brasilien, wie die Aufschlüsselung der dem Militär für polizeiliche Aufgaben zugewiesenen Ressourcen die Genauigkeit der Daten zu Militärausgaben erhöht. ●



## 5. INTERNATIONALER WAFFENHANDEL UND ENTWICKLUNGEN IN DER RÜSTUNGSPRODUKTION

Das Volumen internationaler Transfers von Großwaffen stieg zwischen 2009-13 und 2014-18 um 7,8 Prozent auf einen Höchststand seit Ende des Kalten Krieges.

Die fünf größten Anbieter (2014-18) waren, mit einem Anteil von 75 Prozent des weltweiten Exportvolumens, die USA, Russland, Frankreich, Deutschland und China.

Die USA waren in den fünf Jahren 2014-18 der größte Exporteur von Großwaffen mit Lieferungen in mindestens 98 Staaten. Dabei hat sich der Abstand zwischen den USA und allen anderen Exporteuren vergrößert: während er 2009-2013 zu Russland, dem zweitgrößten Waffenexporteur in diesem Zeitraum 12 Prozent betrug, waren die US-Waffenexporte in den Jahren 2014-18 75 Prozent höher als die russischen.

Asien und Ozeanien waren die Hauptempfängerregionen und machten 2014-18 40 Prozent der weltweiten Importe von Großwaffen aus. Weltweit wurden 35 Prozent in den Nahen und Mittleren Osten

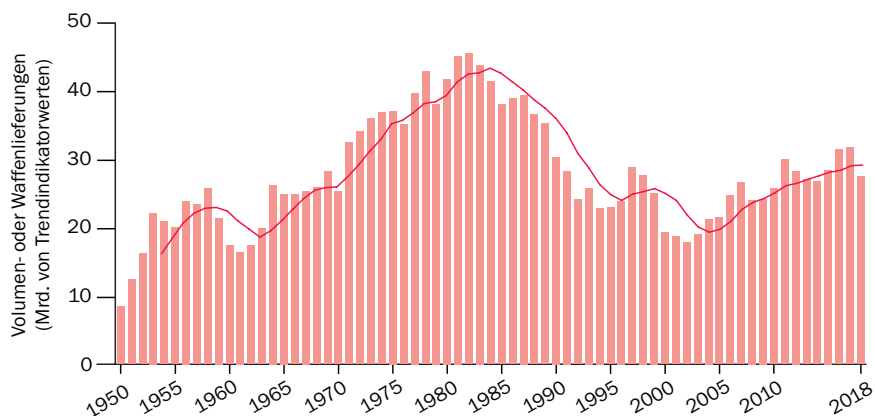
importiert, was im Vergleich zu 2009-13 einen Anstieg um 87 Prozent bedeutet. Dagegen nahmen Waffenlieferungen in alle anderen Regionen ab: nach Amerika um 36 Prozent, nach Europa um 13 Prozent, nach Asien und Ozeanien um 6,7 Prozent und nach Afrika um 6,5 Prozent. Die fünf größten Waffenimporteure (Saudi-Arabien, Indien, Ägypten, Australien und Algerien) machten zusammen 35 Prozent der gesamten Waffeneinfuhren aus.

Die Gruppe der größten Importeure ist vielfältiger und hat sich im Laufe der Zeit stärker verändert als die Gruppe der größten Exporteure. Seit 1950 hat SIPRI 255 Akteure (202 Staaten, 48 nichtstaatliche bewaffnete Gruppen und 5 internationale Organisationen) identifiziert, die in mindestens einem Jahr Großwaffen bezogen haben. Von diesen erhielten 26 in allen Jahren zwischen 1950 und 2018 Waffen, und weitere drei in allen Jahren seit ihrer Gründung.

### Transparenz beim Waffenhandel

Die Zahl der Staaten, die ihre Waffenausfuhren und -einfuhren an das Register der Ver-

### ENTWICKLUNGEN BEIM TRANSFER VON GROSSWAFFEN, 1950-2018



**DIE WICHTIGSTEN EXPORTEURE UND IMPORTEURE VON GROSSWAFFEN, 2014-18**

Exporteur	Weltmarktanteil (%)	Importeur	Weltmarktanteil (%)
1 USA	36	1 Saudi-Arabien	12
2 Russland	21	2 Indien	9,5
3 Frankreich	6,8	3 Ägypten	5,1
4 Deutschland	6,4	4 Australien	4,6
5 China	5,2	5 Algerien	4,4
6 UK	4,2	6 China	4,2
7 Spanien	3,2	7 UAE	3,7
8 Israel	3,1	8 Irak	3,7
9 Italien	2,3	9 Südkorea	3,1
10 Niederlande	2,1	10 Vietnam	2,9

einten Nationen für konventionelle Waffen (UNROCA) melden, blieb sehr gering. Mit der Ratifizierung des Waffenhandelsabkommens 2013 (ATT) durch weitere Staaten ist die Zahl der Länder, die ihrer vertraglichen Verpflichtung zur Meldung von Waffenausfuhren und -einfuhren nachkommen, insgesamt gestiegen, auch wenn der Anteil der ATT-Staaten, die 2018 einen Bericht eingereicht haben, zurückgegangen ist.

**Der finanzielle Wert staatlicher Waffenexporte, 2017\***

Während die SIPRI-Daten über Waffen-transfers keine finanziellen Werte darstellen, haben viele waffenexportierende Staaten entsprechende Zahlen veröffentlicht. Basierend auf diesen Daten schätzt SIPRI, dass der Gesamtwert des globalen Waffenhandels im Jahr 2017 mindestens 95 Mrd. US-Dollar betrug.

**Rüstungsproduktion und militärische Dienstleistungen**

Die SIPRI Top 100 der Rüstungsproduktions- und Militärdienstleistungsbranche zählen anhand ihres weltweiten Umsatzes

\* Das letzte Jahr, in dem Daten vorliegen.

**EINFUHREN VON GROSSWAFFEN, PROZENTSATZ DES GLOBALEN ANTEILS, NACH REGIONEN UND SUBREGIONEN 2014-18**

Region	Weltmarktanteil (%) 2014-18
Afrika	7,8
Nordafrika	5,9
Subsahara-Afrika	1,9
Amerika	6,2
Mittelamerika- und Karibik	-
Nordamerika	-
Südamerika	2,4
Asien und Ozeanien	40
Zentral- und Südasien	1,6
Ostasien	10
Ozeanien	4,8
Südasien	14
Südostasien	9,4
Europa	11
Mitteleuropa	-
Osteuropa	-
Westeuropa	-
Mittlerer Osten	35
Sonstiges	0,1

- keine Lieferungen.

„Sonstige“ bezieht sich auf internationale Organisationen (oder einige nichtstaatliche Akteure), die nicht in einer einzigen Region ansässig sind, sowie auf nicht identifizierte Empfänger, die keiner bestimmten Region zugeordnet werden können.

zu den größten Unternehmen der Rüstungsindustrie (außerhalb Chinas). Deren Gesamtumsatz im Jahr 2017\* betrug 398 Mrd. US-Dollar, ein Plus von 2,5 Prozent im Vergleich zu 2016. Dieses Wachstum ist auf Ausgabenerhöhungen in mehreren Staaten, insbesondere den USA und Russland, sowie die Beteiligung diverser Länder an bewaffneten Konflikten, insbesondere im Nahen Osten, zurückzuführen. ●



## 6. WELTATOMSTREITKRÄFTE

Anfang 2019 besaßen neun Staaten – die Vereinigten Staaten, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK, Nordkorea) – etwa 13.865 Atomwaffen, darunter 3.750 mit stationierten Einsatzkräften. Fast 2.000 davon werden in einem Zustand hoher Alarmbereitschaft gehalten.

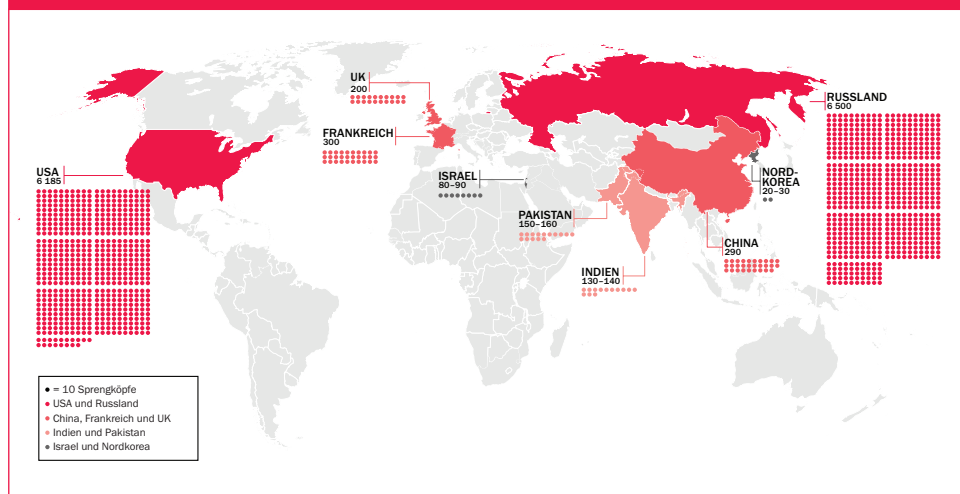
### Nuklearbestände

Die weitere Reduzierung nuklearer Bestände ist v.a. darauf zurückzuführen, dass Russland und die USA, die zusammen über mehr als 90 Prozent der globalen Kernwaffen verfügen, ihre strategischen Atomwaffen gemäß dem Vertrag über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung strategischer Angriffswaffen von 2010 (New START) sowie einseitig abrüsten. Allerdings hat sich das Tempo im Vergleich zum vorherigen Jahrzehnt verlangsamt, und weder Russland noch die USA haben sich zu weiteren atomaren Abrüstungsverhandlungen verpflichtet.

Gleichzeitig laufen sowohl in Russland als auch in den USA umfangreiche und teure Programme zwecks Ersatz und Modernisierung der eigenen nuklearen Sprengköpfe, Raketen- und Flugzeugträgersysteme sowie nuklearen Produktionsanlagen. Im Jahr 2018 legte das US-Verteidigungsministerium Pläne zur Entwicklung neuer Atomwaffen und anderen Modifikationen vor, um deren militärische Rolle und Missionen zu erweitern.

Die nuklearen Arsenale der anderen atomar bewaffneten Staaten, die alle die Entwicklung und In-Betriebnahme neuer Waffensysteme angekündigt, oder bereits umgesetzt haben, sind wesentlich kleiner. China vergrößert schrittweise und diversifiziert die Zusammensetzung seines nuklearen Arsenal. Indien und Pakistan erweitern ihre militärischen Produktionskapazitäten für spaltbares Material, so dass ihre atomaren Bestände innerhalb der nächsten zehn Jahre signifikant wachsen könnten. Nordkorea setzt weiterhin großen Wert auf sein militärisches Nuklearprogramm als zentrales Element seiner nationalen Sicher-

### GLOBALE ATOMWAFFENBESTÄNDE, 2018



## GLOBALE LAGERBESTÄNDE AN SPALTBAREN MATERIALIEN, 2018

Der Rohstoff für Kernwaffen ist spaltbares Material, entweder hochangereichertes Uran (HEU) oder separiertes Plutonium. China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA haben sowohl HEU als auch Plutonium für den Einsatz in ihren Kernwaffen produziert, Indien und Israel hauptsächlich Plutonium. Pakistan stellt von HEU zunehmend auf Plutonium um. Nordkorea hat Plutonium für den Einsatz in Kernwaffen produziert, möglicherweise aber auch HEU. Alle Staaten mit einer zivilen Atomindustrie sind in der Lage, spaltbare Materialien herzustellen.

Das *International Panel on Fissile Materials* sammelt Informationen über die weltweiten Bestände spaltbaren Materials.

### Globale Aktien, 2018

Hochangereichertes Uran	~1 340 Tonnen
Separiertes Plutonium	
Militärbestände	~220 Tonnen
Zivilbestände	~300 Tonnen

heitsstrategie, obwohl es 2018 ein Moratorium für die Erprobung von Kernwaffen sowie mittel- und langfristigen ballistischen Raketenträgersystemen angekündigt hat.

### Mangelnde Transparenz

Die Verfügbarkeit zuverlässiger Informationen über nukleare Bestände und Fähigkeiten variiert erheblich. Die USA und Großbritannien haben umfangreiche Informationen über ihre jeweiligen Nuklearbestände und -kapazitäten veröffentlicht, Frankreich einige Informationen freigegeben. Russland weigert sich, eine detaillierte Aufschlüsselung seiner unter New START gezählten Streitkräfte zu veröffentlichen, obwohl es diese Informationen mit den USA teilt. China stellt seine Atomstreit-

## WELTATOMSTREITKRÄFTE, 2018

Land	Stationierte Sprengköpfe	Andere Sprengköpfe	Gesamter Bestand
USA	1 750	4 435	6 185
Russland	1 600	4 900	6 500
UK	120	80	200
Frankreich	280	20	300
China	–	290	290
Indien	–	130-140	130-140
Pakistan	–	150-160	150-160
Israel	–	80-90	80-90
Nordkorea	–	(20-30)	(20-30)
<b>Gesamt</b>	<b>3 750</b>	<b>10 115</b>	<b>13 865</b>

– Null; () = fragliche Angaben, nicht im Gesamtwert enthalten.

„Andere Sprengköpfe“ umfassen gelagerte operative Sprengköpfe sowie zur Demontage ausgemusterte Sprengköpfe. Die Zahlen für Russland und die USA stimmen aufgrund der Zählregeln des Vertrages nicht unbedingt mit den Angaben beider Staaten zum Neuen START-Abkommen von 2010 überein. Die Gesamtzahlen beziehen sich auf den höchsten Schätzwert innerhalb eines Spektrums. Alle Angaben beruhen auf Schätzungen. Stand Jan. 2019.

kräfte heute häufiger als in der Vergangenheit öffentlich vor, gibt aber kaum Informationen über die Truppenstärke oder zukünftige Entwicklungspläne preis. Die Regierungen Indiens und Pakistans geben Erklärungen zu einigen ihrer Raketentests ab, informieren aber nicht über Status oder Größe ihrer Arsenale. Nordkorea hat die Durchführung von Kernwaffen- und Raketentests eingeräumt, liefert aber keine Informationen über seine Kernwaffenfähigkeiten. Israel verfolgt seit langem die Politik, sich nicht zu seinem Atomwaffenarsenal zu äußern. ●



## 7. NUKLEARE ABRÜSTUNG, RÜSTUNGSKONTROLLE UND NICHTVERBREITUNG

### **Nuklearer Dialog zwischen Nordkorea und den USA**

Der langjährigen, durch mehrere Resolutionen des UN-Sicherheitsrates gestützten Forderung der USA nach einer nachweislichen Beendigung der Atomwaffen- und Raketenprogramme Nordkoreas folgten im Jahr 2018 weitere diplomatische Schritte zwischen der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK, Nordkorea) und den Vereinigten Staaten. Auf dem ersten gemeinsamen Gipfeltreffen im Juni in Singapur verpflichtete sich Nordkorea, auf die „vollständige Entnuklearisierung“ der koreanischen Halbinsel hinzuwirken. Im Zuge einer weiteren politischen und militärischen Entspannung gab im Laufe des Jahres Nordkorea bekannt, die Erprobung von Atomwaffen und ballistischen Raketen ausgesetzt und sein Atomwaffentestgelände zerstört zu haben.

### **Russisch-amerikanische Atomwaffenkontrolle**

Im Jahr 2018 schlossen Russland und die USA die Umsetzung des Vertrags von 2010 über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung strategisch offensiver Waffen (New START) ab. Im Februar gaben beide Länder bekannt, die endgültigen Grenzwerte für die Reduzierung der New START-Kräfte innerhalb der vorgegebenen Frist erreicht zu haben. Die Chancen, diese Fortschritte aufrecht erhalten zu können, scheinen angesichts der politischen und militärischen Unterschiede zwischen beiden Staaten jedoch zunehmend gering. New START läuft 2021 aus, es sei denn, beide Parteien vereinbaren eine Ver-

längerung, aber 2018 gab es keine Diskussionen darüber.

### **Der INF-Vertrag**

Die Zukunft der atomaren Rüstungskontrolle wurde 2018 auch durch den verschärften Streit zwischen den USA und Russland über einen Anschlussvertrag für den INF-Vertrag von 1987 in Frage gestellt. Die USA behaupten, dass Russland einen mobilen Marschflugkörper mit einer nach dem Vertrag verbotenen Reichweite entwickelt und eingesetzt hat – eine Behauptung, die Russland konsequent als unbegründet zurückgewiesen hat. Im Oktober kündigte US-Präsident Donald J. Trump an, dass die USA formell vom INF-Vertrag zurücktreten würden, wenn Russland nicht umgehend auf die Bedenken der USA bezüglich der Einhaltung der Vorschriften eingeht. Das Jahr endete zunehmend pessimistisch, ob Maßnahmen zur Erhaltung des Vertrags ergriffen werden würden.

### **Der Iran und der gemeinsame umfassende Aktionsplan**

Der Iran hielt 2018 am Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan von 2015 (*Joint Comprehensive Plan of Action* – JCPOA) fest, ein Achtparteienabkommen, das darauf abzielt, die proliferationsrelevanten nuklearen Aktivitäten des Iran zu begrenzen und internationales Vertrauen in den ausschließlich friedlichen Charakter seines Atomprogramms aufzubauen. Politische Spannungen zwischen dem Iran und den USA gipfelten in der Ankündigung von Präsident Trump im Mai, dass die USA die Teilnahme am JCPOA einstellen und Schritte unternehmen würden, um die im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abkommens aufgehobenen bzw. nicht-implémentierten Sanktionen gegen den



**GESAMTZAHL DER STRATEGISCHEN OFFENSIVWAFFEN RUSSLANDS UND DER USA UNTER NEW START, STAND 5. FEB. 2011 UND 1. SEPT. 2018**

Datenkategorie	Vertragl. Grenzwert <sup>a</sup>	Russland		USA	
		Feb. 2011	Sept. 2018	Feb. 2011	Sept. 2018
Eingesetzte ICBMs, SLBMs und schwere Bomber	700	521	517	882	659
Sprengköpfe auf eingesetzte ICBMs, SLBMs und schwere Bomberbomben <sup>b</sup>	1 550	1 537	1 420	1 800	1 398
Eingesetzte und nicht eingesetzte Trägerraketen von ICBMs, SLBMs und schweren Bombern	800	865	775	1 124	800

ICBM = Interkontinentale ballistische Rakete; SLBM = U-Boot-gestützte ballistische Rakete.

<sup>a</sup> Bis zum 5. Februar 2018 zu erreichen.

<sup>b</sup> Jeder schwere Bomber gilt als mit nur einem Sprengkopf ausgestattet.

Iran wieder zu verhängen. Die iranische Regierung appellierte an die anderen Unterzeichner, insbesondere an die Europäische Union, trotz der extraterritorialen Auswirkungen der US-Sanktionen zumindest ein gewisses Maß an Entlastungen – aus iranischer Sicht einem der wichtigsten Vorteile des JCPOA – zu garantieren, damit der Iran im Abkommen bleibe.

### Vertrag über das Verbot von Kernwaffen

Der 2017 ausgehandelte Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) blieb im Mittelpunkt internationaler Bemühungen um eine weltweite atomare Abrüstung. Die TPNW ist die erste rechtsverbindliche Vereinbarung, die die Entwicklung, den Einsatz, den Besitz, die Verwendung und die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen verbietet. Im Laufe des Jahres wurde in einer Reihe von Staaten der Beitritt zum TPNW diskutiert. Die Debatten konzentrierten sich v.a. auf mögliche normative Auswirkungen des vorgeschlagenen Atomwaffenverbots sowie nukleare Abschreckungsstrategien und -allianzen. Der Vertrag wird, sobald er von 50 Staaten unter-

zeichnet und ratifiziert wurde, in Kraft treten.

### Multilaterale Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die zweite Sitzung des Vorbereitungsausschusses für die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags 2020 (NPT) fand im April/Mai statt und die neue Abrüstungsagenda der Vereinten Nationen „Sicherung unserer gemeinsamen Zukunft“ wurde von UN-Generalsekretär António Guterres eingeleitet. Im Juni beendete die hochrangige Expertengruppe für den Vertrag über die Abschottung spaltbarer Stoffe (FMCT) mit der Annahme ihres Abschlussberichts, der Empfehlungen zum Umfang und zu den wesentlichen Elementen für weitere Verhandlungen über einen FMCT enthält, ihre Arbeit. Im Dezember verabschiedete der Erste Ausschuss der UN-Generalversammlung eine Resolution, in der der UN-Generalsekretär aufgefordert wurde, 2019 eine Konferenz über die Schaffung einer massenvernichtungsfreien Zone im Nahen Osten einzuberufen. ●





## 8. CHEMISCHE UND BIOLOGISCHE SICHERHEITSBEDROHUNGEN

### Vermeintlicher Einsatz von Chemiewaffen in Syrien und Großbritannien

Vorwürfe der Anwendung chemischer Kampfstoffe (CW) in Syrien dominierten auch 2018 die Arbeit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW). So veranlasste der vermeintliche Einsatz von Giftgas bei einem Anschlag in Douma am 7. April die USA, Großbritannien und Frankreich eine Woche später zu Vergeltungsschlägen gegen drei Standorte. Außerhalb Syriens mussten im März im britischen Salisbury, nach dem Einsatz einer Chemikalie aus der Familie der Novichok-Nervengifte, drei Menschen ins Krankenhaus. Zwei weitere Personen wurden im Juni dem gleichen Wirkstoff ausgesetzt; einer von ihnen starb im Juli.

### Verantwortung für den Einsatz von Chemiewaffen

Die Probleme, den Einsatz chemischer Kampfstoffe nachweisen und zuordnen zu können, führten 2018 zu einer großen Spaltung der Vertragsstaaten des Chemiewaffenübereinkommens von 1993 (CWÜ). Das Ende des Mandats des Gemeinsamen Ermittlungsmechanismus der OPCW und der UN beeinträchtigte die Handlungsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft, in erwiesenen Fällen zu reagieren. Daher initiierte Frankreich im Januar 2018 die Internationale Partnerschaft gegen Strafflosigkeit im Falle eines Einsatzes chemischer Waffen, der bis Ende des Jahres 38 Länder und die Europäische Union beitraten.

Im Mai forderten elf ständige Vertreter der OPCW eine Sondersitzung der Konferenz der Vertragsstaaten. Einziger wesentlicher Tagesordnungspunkt: die Aufrecht-

erhaltung des weltweiten Verbots chemischer Kampfstoffe. Auf einer zweitägigen Sondersitzung im Juni wurde für die Zuständigkeit der OPCW gestimmt, die Verantwortung im Einzelfall nachzuweisen. Diejenigen Staaten, die diese Entscheidung unterstützen, halten die zahlreichen Vorwürfe über die Verwendung von Giftgas in Syrien für glaubwürdig und sehen einen Zuschreibungsmechanismus für unerlässlich; diejenigen, die der Entscheidung widersprechen, argumentieren, die Anschuldigungen hätten zu einer Politisierung der OPCW geführt. Diese Spaltung hat – zumindest kurzfristig – zu einem Ende der Konsenskultur in der OPCW geführt.

### Biologische Rüstungskontrolle

Bei den ersten zwischen-sessionellen Treffen der Sachverständigen und der Sitzung der Vertragsstaaten des Übereinkommens über biologische Waffen und Toxinwaffen (BWÜ) 2018 wurden wichtige Maßnahmen beschlossen, etwa um die künftige finanzielle Nachhaltigkeit des BWÜ vorerst zu gewährleisten.

Durch die ‚Hartnäckigkeit‘ einer einzelnen Delegation konnte beim Treffen der Vertragsstaaten kein Konsens über die Arbeit der Sachverständigen erzielt werden. Diese Pattsituation machte die veraltete Arbeitsweise dieser Treffen deutlich. Gleichzeitig fanden im Laufe des Jahres ungewöhnlich viele BWÜ-bezogene Workshops statt. ●





## 9. GLOBALE INSTRUMENTE FÜR DIE KONVENTIONELLE RÜSTUNGSKONTROLLE

### Das CCW-Übereinkommen und tödliche autonome Waffensysteme

Im Rahmen des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen (CCW-Übereinkommen) von 1981 wurden 2018 weitere Anstrengungen zur Regulierung tödlicher autonomer Waffensysteme (LAWS) unternommen. Die Diskussionen einer Gruppe von Regierungsexperten (GGE) konzentrierte sich auf folgende Themen: (a) die Charakterisierung von LAWS, (b) das menschliche Element bei der Anwendung von Gewalt und Aspekten der Interaktion Mensch-Maschine, (c) potenzielle militärische Anwendungen verwandter Technologien und (d), Optionen zur Bewältigung der humanitären und internationalen Sicherheits Herausforderungen, die sich aus neuen LAWS-Technologien ergeben. Das Mandat der GGE wurde ohne Einigung über das weitere Vorgehen bis 2019 verlängert.

### Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für Kleinwaffen und leichte Waffen

Im Juni 2018 fand die dritte Überprüfungs-konferenz des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen (UNPOA) für Kleinwaffen und leichte Waffen von 2001 statt. Bei zwei Themen – der Verbindung zu einigen Zielen Nachhaltiger Entwicklung (SDGs) und Munition – baute das Ergebnisdokument auf früheren Fortschritten auf, um den Geltungsbereich und die Relevanz des UNPOA zu erweitern. Allerdings konnte kein sprachlicher Kompromiss erzielt werden, Waffenlieferungen an nichtstaatliche Akteure anders zu benennen.

## DIE NEUE AGENDA DES GENERAL-SEKRETÄRS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR ABRÜSTUNG

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, startete 2018 eine neue Abrüstungsagenda mit dem Titel „Sicherung unserer gemeinsamen Zukunft“. Diese legt drei Prioritäten fest: (a) Abrüstung zur Rettung der Menschheit durch die Reduzierung und Beseitigung biologischer, chemischer und nuklearer Waffen, (b) Abrüstung, die Leben rettet, indem sie die Auswirkungen konventioneller Waffen verringert und (c) Abrüstung für künftige Generationen durch den Einsatz neuer Militärtechnologien. Auch die unverhältnismäßigen Auswirkungen des Einsatzes von Sprengstoffen in Ballungsgebieten auf die Zivilbevölkerung werden darin hervorgehoben.

### Cybersicherheit

Im Zeitraum 2005-18 gab es über 250 staatlich geförderte Cyberangriffe. Nach zwei Jahrzehnten UN-weiter Diskussionen über Cybersicherheit besteht wenig Einigkeit über die Art der Bedrohung und die nun erforderlichen Maßnahmen. Eine hauptsächlich westliche Staatengruppe betrachtet die Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) positiv und hält das bestehende internationale Recht für ausreichend, um das Verhalten der Staaten im Cyberspace zu steuern. Eine Gruppe von Staaten, unter Führung Chinas und Russlands, sieht in der Digitalisierung eher eine Bedrohung und würde eine weitere Regulierung bevorzugen. Gleichzeitig haben mehrere regionale Organisationen, wie die Europäische Union, die Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Verband südostasiatischer Nationen (ASEAN), bedeutende Fortschritte erzielt. Dazu kommen wichtige nationale und unternehmerische Initiativen. ●



## 10. DUAL USE- UND WAFFEN-HANDELSKONTROLLEN

Im Jahr 2018 wurden die globalen, multilateralen und regionalen Anstrengungen fortgesetzt, um die Kontrollen des Handels mit konventionellen Waffen und sogenannten, in Verbindung mit konventionellen, biologischen, chemischen und nuklearen Waffen und ihren Trägersystemen stehenden sogenannten *Dual use*-Gütern zu verstärken. Diese Instrumente scheinen durch überlastete nationale Ressourcen immer mehr auf dem Prüfstand zu stehen. Dies machen Mängel in der Einhaltung der Meldepflicht nach dem Waffenhandelsabkommen 2013 (ATT), die vielen gemeldeten Verstöße gegen Waffenembargos der UN und die Schwierigkeiten, Staaten für den Vorsitz einiger Exportkontrollregime zu finden, deutlich. Zunehmende geopolitische Spannungen und das rasante Tempo des technologischen Fortschritts behindern auch einen weltweiten Konsens über den umfassenderen Zweck und die Wirksamkeit der Exportkontrollen.

### Das Waffenhandelsabkommen

Die Vierte Konferenz der Vertragsstaaten des ATT fand im August 2018 in Tokio statt. Während sich die Konferenz auf das Thema Diversion konzentrierte, wurde auch die Verwaltung des Treuhandfonds, der die Teilnahme von Staaten mit niedrigem Einkommen und andere Aspekte der Vertragsarchitektur unterstützt, ausführlich diskutiert. Darüber hinaus blieb die Einhaltung der Berichts- und Finanzierungspflichten des ATT in mehreren Bereichen weit hinter den Erwartungen zurück. Ende 2018 umfasste der Vertrag 100 Vertragsstaaten, dennoch bleibt die Mitgliedschaft geografisch unausgewogen. Während Europa,

## MULTILATERALE WAFFEN-EMBARGOS IN KRAFT, 2018

### Vereinte Nationen (14 Embargos)

- Zentralafrikanische Republik (teilweise)
- Demokratische Republik Kongo (teilweise)
- Eritrea (aufgehoben Nov. 2018) • Iran (teilweise) • Irak (NGF) • ISIL (*Da'esh*), al-Qaida und assoziierte Personen und Körperschaften • Korea, Nord • Libanon (NGF) • Libyen (teilweise) • Somalia (teilweise) • Südsudan • Sudan (Darfur) (teilweise) • Taliban • Jemen (NGF)

### Europäische Union (21 Embargos)

- Umsetzung von UN-Embargos (10):
- Al-Qaida, die Taliban und assoziierte Personen und Körperschaften
- Zentralafrikanische Republik (teilweise)
- Demokratische Republik Kongo (teilweise)
- Eritrea (aufgehoben Dez. 2018) • Irak (NGF) • Libanon (NGF) • Libyen (teilweise)
- Korea, Nord • Somalia (teilweise) • Jemen (NGF)
- Anpassung von UN-Embargos (2): • Iran
- Sudan (Darfur)
- Vor gleichem UN-Embargo (1):
- Südsudan
- Embargos ohne UN-Gegenstück (8):
- Weißrussland • China • Ägypten • Myanmar
- Russland • Syrien • Venezuela • Simbabwe

### Arabische Liga (1 Embargo)

- Syrien

ISIL = Islamischer Staat im Irak und in der Levante; NGF = Nichtregierungsorganisationen; Teil = Embargo erlaubt den Transfer von Waffen an die Regierung des Ziellandes, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Afrika und Amerika am stärksten vertreten sind, fällt die Beteiligung im Nahen Osten und Nordafrika, trotz des offensichtlichen Bedarfs an stärkeren Rüstungskontrollen, mit am geringsten aus.

### Multilaterale Waffenembargos

Im Jahr 2018 waren 36 multilaterale Waffenembargos in Kraft: 14 der UNO, 21 der



Europäischen Union (EU) und eines der Liga der Arabischen Staaten. Von den 21 Embargos der EU wurden 10 direkt umgesetzt, eines wurde zur Umsetzung eines gleichlautenden UN-Waffenembargos verhängt, zwei unterschieden sich nur anhand des geografischen Geltungsbereichs oder der betroffenen Waffentypen von UN-Embargos, und bei acht gab es kein UN-Gegenstück. Die meisten bezogen sich nur auf konventionelle Waffen. Die UN- und EU-Embargos gegen Iran und Nordkorea sowie die EU-Embargos gegen Russland und Syrien betrafen auch die Ausfuhr von *Dual use*-Gütern.

2018 wurde ein neues multilaterales Waffenembargo verhängt: das UN-Embargo gegen Südsudan. Die 2009 verhängten Waffenembargos der Vereinten Nationen und der EU gegen Eritrea wurden aufgehoben. Untersuchungen der UNO zeigten weiterhin Probleme bei der Umsetzung von Embargos und zahlreiche gemeldete Fälle von Verstößen in unterschiedlichem Ausmaß.

### **Exportkontrollregime**

Die Mitgliedschaft in den vier multilateralen Exportkontrollregimen – Australien-gruppe (AG), Raketentechnologie-Kontrollregime (MTCR), Kernliefergruppe und Wassenaar-Vereinbarung über Exportkontrollen für konventionelle Waffen und *Dual use*-Güter und -Technologien (Wassenaar-Vereinbarung, WA) – blieb nach den jüngsten Erweiterungen stabil. Im Jahr 2018 überprüften alle vier Regime ihre jeweiligen Handelskontrolllisten und -richtlinien. Im Kern bemühten sich alle vier weiterhin darum, mit den technischen Entwicklungen und Herausforderungen illegaler Beschaffungen schrittzuhalten.

Die EU ist die einzige regionale Organisation, die einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die Ausfuhrkontrollen von *Dual use*-Gütern und – in begrenzterem Umfang – von Waffen geschaffen hat. Im Jahr 2018 setzten die EU-Organe ihre Arbeit an der Neufassung der EU-Verordnung zu *Dual use*-Gütern fort und begannen mit der Überprüfung des Gemeinsamen Standpunkts der EU zu Waffenexporten. In beiden Fällen versuchten das Europäische Parlament und Nichtregierungsorganisationen, ihren Anwendungsbereich zu erweitern – insbesondere durch stärkere Worte zu Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht. Einige EU-Mitgliedstaaten lehnten diese Änderungsvorschläge ab.

### **Kontrolle von Technologietransfers**

2018 haben die USA, die EU und eine Reihe von EU-Staaten die Kontrollen ausländischer Direktinvestitionen (FDI) verstärkt, um den Handel mit „sensibler“ oder „strategischer“ Technologie zu regeln. Zu den Herausforderungen um die Wirksamkeit von Exportkontrollen kommen rasante Fortschritte bei militärisch relevanten Neuen Technologien. Wenn Staaten wachsende ausländische Investitionen in beteiligte Unternehmen und Forschungseinrichtungen, primär aus wirtschaftlichen Eigeninteressen, durch FDI-Regelungen beschränken, könnte dies langfristig den Wert dieses multilateralen Instruments untergraben. ●



**Abkommen über Rüstungskontrolle und Abrüstung in Kraft, 1. Januar 2019**

- 1925 Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder anderen Gasen im Krieg und von bakteriologischen Kriegsmethoden (Genfer Protokoll 1925)
- 1948 Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Völkermord-Konvention)
- 1949 Genfer Konvention (IV) zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten und die Zusatzprotokolle I und II von 1977 über den Schutz von Opfern internationaler und nicht internationaler bewaffneter Konflikte.
- 1959 Antarktisvertrag
- 1963 Vertrag über das Verbot von Kernwaffentests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Teil-Teststoppvertrag)
- 1967 Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraumvertrag)
- 1967 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco)
- 1968 Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen Atomwaffensperrvertrag (Nichtverbreitungsvertrag, NPT)
- 1971 Vertrag über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund (Meeresbodenvertrag)
- 1972 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxinwaffen und über deren Vernichtung (Übereinkommen über biologische und Toxinwaffen, BWÜ)
- 1974 Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (Testschwellenvertrag, TTBT)
- 1976 Vertrag über unterirdische nukleare Explosionen für friedliche Zwecke (PNET)
- 1977 Übereinkommen über das Verbot des militärischen oder sonstigen feindlichen Einsatzes von Techniken zur Veränderung der Umwelt (Enmod-Konvention)
- 1980 Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial und kerntechnischen Anlagen
- 1981 Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die als übermäßig schädlich oder als unterschiedslos wirkend angesehen werden können (Waffenübereinkommen der Vereinten Nationen oder „Übereinkommen über unmenschliche Waffen“, CCW).
- 1985 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im südpazifischen Raum (Vertrag von Rarotonga)
- 1987 Vertrag über die Beseitigung von Raketen mit mittlerer und kurzer Reichweite (INF-Vertrag)
- 1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)
- 1992 Vertrag über den offenen Himmel (OH-Vertrag)
- 1993 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Verwendung chemischer Waffen und über deren Vernichtung (Chemiewaffenkonvention, CWÜ)
- 1995 Vertrag über die atomwaffenfreie Zone Südasiens (Vertrag von Bangkok)
- 1996 Vertrag über die atomwaffenfreie Zone Afrikas (Vertrag von Pelindaba)
- 1996 Abkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Abkommen von Florenz)
- 1997 Interamerikanisches Übereinkommen gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen, Munition, Sprengstoffen und anderen verwandten Materialien und den unerlaubten Handel damit (CIFTA)
- 1997 Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und des Transfers von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (APM-Übereinkommen)



- 1999 Interamerikanisches Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen
- 2001 Protokoll zur Kontrolle von Schusswaffen, Munition und anderen verwandten Materialien in der Region der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC)
- 2004 Protokoll von Nairobi zur Verhütung, Kontrolle und Reduzierung von Klein- und leichten Waffen in der Region der Großen Seen und am Horn von Afrika
- 2006 ECOWAS-Übereinkommen über Kleinwaffen und leichte Waffen, ihre Munition und andere verwandte Materialien
- 2006 Vertrag über eine kernwaffenfreie Zone in Zentralasien (Vertrag von Semipalatinsk)
- 2008 Konvention über Streumunition
- 2010 Vertrag über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (New START)
- 2010 Zentralafrikanisches Übereinkommen zur Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen, ihrer Munition und aller Teile und Komponenten zu deren Herstellung, Reparatur und Montage (Kinshasa-Übereinkommen)
- 2011 Wiener Dokument 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
- 2013 Waffenhandelsabkommen (ATT)

**Noch nicht in Kraft getretene Vereinbarungen, 1. Januar 2019**

- 1996 Gesamtvertrag über das Verbot von Nuklearversuchen (CTBT)
- 1999 Abkommen über die Anpassung des KSE-Vertrags
- 2017 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW)

**Organe der Sicherheitskooperation**

2018 trat Indien der Australiengruppe bei, die Ukraine beendete ihre Teilnahme an den Institutionen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und sechs Staaten (Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Paraguay und Peru) setzten ihre Mitgliedschaft in der Union der Südamerikanischen Nationen (UNASUR) aus. ●

**CHRONOLOGIE 2018, AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE**

- 2. Jan. US-Präsident Donald J. Trump und der nordkoreanische Führer Kim Jong Un tauschen auf Twitter nukleare Bedrohungen aus.
- 28. Feb. Die zweite Sitzung des Kabuler Prozesses für Friedens- und Sicherheitszusammenarbeit findet in Afghanistan statt.
- 4. März. Ein ehemaliger russischer Militäroffizier und seine Tochter werden in Salisbury, Großbritannien, mit einem Nervengas vergiftet, das später als Novichok bestätigt wurde.
- 13. April Die USA, Frankreich und Großbritannien führen Luftangriffe gegen mutmaßliche Lager- und Forschungseinrichtungen für chemische Waffen in Syrien durch.
- 8. Mai Die USA erklären, dass sie sich nicht an das iranische Atomabkommen (JCPOA) halten.
- 12. Juni Auf dem ersten Gipfeltreffen mit den USA bekräftigt Nordkorea sein Engagement zur „vollständigen Entnuklearisierung“ der koreanischen Halbinsel.
- 8.-9. Juli Eritrea und Äthiopien unterzeichnen eine gemeinsame Erklärung, die den Grenzstreit offiziell beendet.
- 2. Aug. Der Entwurf eines Verhaltenskodex für das Südchinesische Meer wird von den ASEAN-Staaten und China vereinbart.
- 12. Sept. Unterzeichnung eines Friedensabkommens zur Lösung des Konflikts im Südsudan
- 27 Okt. Istanbul-Friedensgespräche über Syrien mit Vertretern von Frankreich, Deutschland, Russland und Türkei.
- 29 Nov. Der Entwurf einer Richtlinie des US-Präsidenten legt Pläne für die Einrichtung einer Weltraumtruppe fest.
- 4. Dez. Die USA kündigen an, innerhalb von 60 Tagen vom INF-Vertrag zurückzutreten, sofern Russland die Einhaltung des Vertrags nicht wieder aufnimmt.



## **BERGHOF FOUNDATION OPERATIONS GMBH**

Die Berghof Foundation ist eine unabhängige und gemeinnützig tätige Nichtregierungsorganisation. Sie wurde 1971 von Professor Georg Zundel gegründet. Mit ihren langjährigen Erfahrungen in den Bereichen Friedensforschung, Friedenspädagogik und Friedensförderung unterstützt sie Akteure bei der gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten. *Creating Space for Conflict Transformation* – für diese Mission arbeitet das multinationale Team der Berghof Foundation in enger Kooperation mit zahlreichen Partnern auf der ganzen Welt. Die Berghof Foundation hat ihren Hauptsitz in Berlin und eine Zweigstelle in Tübingen. Darüber hinaus stützt sich ihre Arbeit auf viele engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Projektbüros im Ausland.

## **FRIEDRICH EBERT-STIFTUNG**

Die Friedrich Ebert-Stiftung wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Sie ist den Werten und Grundideen der Sozialen Demokratie verpflichtet und arbeitet mit NGOs, Think Tanks, politischen Akteuren und der Gewerkschaftsbewegung weltweit zusammen. Im Sinne der Leitbilder Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität leistet die Stiftung heute in Deutschland und in über 100 Ländern Beiträge zur Entwicklung der Demokratie, der politischen Kultur, der Festigung von Frieden und zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels.

### **Berghof Foundation**

Berghof Foundation Operations GmbH  
Altensteinstraße 48a  
14195 Berlin  
Deutschland  
Telefon: +49 (30) 844154-0  
Telefax: +49 (30) 844154-99  
E-Mail: [info@berghof-foundation.org](mailto:info@berghof-foundation.org)  
Internet: [www.berghof-foundation.org](http://www.berghof-foundation.org)

### **FRIEDRICH EBERT-STIFTUNG**

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Deutschland  
Telefon: +49 (228) 883-0  
Telefax: +49 (228) 883-9207  
E-Mail: [presse@fes.de](mailto:presse@fes.de)  
Internet: [www.fes.de](http://www.fes.de)



## **SIPRI-DATENPORTALE**

- SIPRI Military Expenditure Database
- SIPRI Arms Industry Database
- SIPRI Arms Transfers Database
- SIPRI Arms Embargoes Database
- SIPRI National Reports Database
- SIPRI Multilateral Peace Operations Database

Die SIPRI Datenbanken sind online über die SIPRI Website zugänglich.

## **SO BESTELLEN SIE DAS SIPRI YEARBOOK 2019**

### **SIPRI Yearbook 2019: Armaments, Disarmament and International Security**

Veröffentlicht in Print und Online bei Oxford University Press.

ISBN 978-0-19-883999-6, gebundene Ausgabe

ISBN 978-0-19-19-187561-8, Onlineausgabe

Weitere Informationen finden Sie unter **[www.sipriyearbook.org](http://www.sipriyearbook.org)**



### **STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE**

Signalistgatan 9  
SE-169 72 Solna, Sweden  
Telephone: +46 8 655 97 00  
Email: [sipri@sipri.org](mailto:sipri@sipri.org)  
Internet: [www.sipri.org](http://www.sipri.org)



# SIPRI YEARBOOK 2019

## Armaments, Disarmament and International Security

Das SIPRI Yearbook ist eine zuverlässige und unabhängige Quelle für Daten und Analysen zu Rüstung, Abrüstung und internationaler Sicherheit. Sie gibt einen Überblick über die Entwicklungen in den Bereichen internationale Sicherheit, Waffen und Technologie, Rüstungsausgaben, -produktion und -handel sowie bewaffnete Konflikte, Konfliktbearbeitung und die Bemühungen zur Kontrolle konventioneller, nuklearer, chemischer und biologischer Waffen.

Diese Broschüre fasst die 50. Ausgabe des SIPRI-Yearbook zusammen, das die Entwicklungen im Jahr 2018 behandelt, darunter

- *Bewaffnete Konflikte und Konfliktbearbeitung*, mit einem Überblick über bewaffnete Konflikte und Friedensprozesse sowie einem Fokus auf globale und regionale Trends in Friedenseinsätzen
- *Militärausgaben, internationale Waffentransfers und Entwicklungen in der Rüstungsproduktion*
- *Weltatomstreitkräfte*, mit einem Überblick über jeden der neun atomar bewaffneten Staaten und ihre Programme zur nuklearen Modernisierung
- *Atomare Rüstungskontrolle*, mit Schwerpunkt auf der nordkoreanisch-amerikanischen Nukleardiplomatie, Entwicklungen zum INF-Vertrag, russisch-amerikanischen nuklearen Rüstungskontrollen und der Umsetzung des iranischen Atomabkommens
- *Bedrohungen der chemischen und biologischen Sicherheit*, einschließlich der Untersuchung von Vorwürfen über den Einsatz chemischer Waffen im Nahen Osten und eines mutmaßlichen Attentats im Vereinigten Königreich
- *Konventionelle Rüstungskontrolle*, mit Schwerpunkt auf globalen Instrumenten, einschließlich der Bemühungen zur Regulierung tödlicher autonomer Waffensysteme und Sprengstoffe in Ballungsgebieten, und Dialog über internationale Cybersicherheit
- *Dual use- und Waffenhandelskontrollen* unter Berücksichtigung der Entwicklungen des Waffenhandelsabkommens, multilateraler Waffenembargos und Exportkontrollregelungen, einschließlich der Herausforderungen bei der Kontrolle von Technologietransfers

sowie Anhänge mit einer Auflistung der Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen, der Organe internationaler Sicherheitszusammenarbeit und der wichtigsten Ereignisse im Jahr 2018.